

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

im Vorfeld der gestrigen **Afghanistan-Konferenz in London** gab Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch eine Regierungserklärung im Bundestag ab. Einerseits sehen wir Merkels Erklärung als sozialdemokratischen Erfolg, denn die Bundeskanzlerin machte sich unsere Kernforderungen zu eigen: Verstärkter Wiederaufbau, mehr Ausbildung von Sicherheitskräften und eine Abzugsperspektive für die Bundeswehr. Andererseits stehen wir Merkels Ankündigung von 850 zusätzlichen Soldaten mit großer Skepsis gegenüber. Die Begründung, weshalb diese Soldaten gebraucht werden, ist uns die Regierung schuldig geblieben.

Bei der Afghanistan-Strategie zeigt sich, dass die SPD weiterhin die außenpolitischen Impulse setzt. Im vergangenen Sommer hatte Frank-Walter Steinmeier einen 10-Punkte-Plan vorgelegt, in dem erstmals ein Ausstiegsszenario aufgezeigt wurde. Letzten Freitag fand im Willy-Brandt-Haus eine hochkarätig besetzte Afghanistan-Konferenz statt. Es ist offenbar: Die SPD gibt der Regierung die außenpolitische Orientierung.

Im Plenum wurde am gestrigen Dienstag unser Antrag zur **Verbesserung der Kurzarbeit** behandelt. Schwarz-Gelb hat das Kurzarbeitergeld zwar verlängert, aber mit spürbaren Einschränkungen: Ab dem 1. Januar 2010 ist die Zugsdauer auf 18 Monate begrenzt. Wir fordern stattdessen eine Ausdehnung der Zahlung auf 36 Monate, um einen



**Berlin-Brief, Ausgabe 67**  
**29. Januar 2010**

*Meine Termine*

**Prunksitzung**

30.01.2010, 19:31 h, Bad Rappenau

**Neujahrsempfang von Sportkreis und  
Turngau Heilbronn**

31.01.2010, 11 h, Bad Wimpfen

**Faschingsumzug**

31.01.2010, 14:11 h, Bad Friedr.-Jagstfeld

**Referat „Gute Arbeit“ bei der Kath.  
Arbeitnehmer-Bewegung**

01.02.2010, 17:30 h, Heilbronn

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**

[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*



spürbaren Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu vermeiden. Wir wollen auch nach 2011 eine Kostenübernahme der Sozialbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit, um die von der Krise betroffenen Betriebe zu stützen. Wissenschaftler bestätigen uns: Die auf Initiative der SPD als Krisen-Instrument ausgebaute Kurzarbeit ist der richtige Weg. Wir werden von der Bundesregierung auch weiter einfordern, diesen Weg nicht zu verlassen.

Auch wenn der **Umbau der Jobcenter** in dieser Woche nicht im Plenum behandelt wurde, so hat uns dieses Thema trotzdem beschäftigt: Gestern sind die neuen Arbeitsmarktzahlen bekannt gegeben worden, und auch in unserer Region gibt es erstmals einen signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig sinkendem Angebot an freien Stellen. Gerade in dieser Situation ist es wichtig, dass die Jobcenter gute und effiziente Arbeit leisten.

Wir haben unter Rot-Grün die Jobcenter eingerichtet, damit die Arbeitssuchenden Hilfe aus einer Hand erhalten und bei Sozialamt und Arbeitsagentur nicht dieselben Formulare ausfüllen müssen. Schwarz-Gelb plant nun, die Jobcenter wieder aufzuteilen. Dagegen wehren wir uns, und dagegen wehren sich auch die Kommunen. Eine neuerliche Trennung der Jobcenter würde mehr Bürokratie, Doppelarbeit und erhebliche Mehrkosten bedeuten – sagt der Bundesrechnungshof. Anstatt den Mitarbeitern in der Arbeitsvermittlung Wertschätzung für ihre schwierige Arbeit entgegen zu bringen, wirft die Bundesregierung mehr Fragen auf als sie löst. Ich befürchte, dass nun zahlreiche erfahrene Arbeitsvermittler in den Jobcentern den Hut nehmen und sich einen neuen Job suchen. Das haben sie nicht verdient. Der Aderlass an Erfahrung wird sich auf die Qualität der Arbeitsvermittlung auswirken.

Eine weitere „Baustelle“ auf dem Arbeitsmarkt ist die **Leiharbeit**. Der Schlecker-Skandal hat bei allen Parteien im Bundestag Empörung ausgelöst. Aber ob die Regierung daraus auch die richtigen Konsequenzen zieht? Ich habe da meine Zweifel, schließlich haben wir Sozialdemokraten schon in der Großen Koalition Änderungen bei der Leiharbeit angemahnt und sind bei der CDU/CSU auf taube Ohren gestoßen. Ich habe diese Woche dazu im Plenum geredet, meine Rede finden Sie anbei.

Mit freundlichen Grüßen